

## **Auszug aus der Niederschrift über die 06. Sitzung der Bürgerschaft am 18.09.2025**

### **Zu TOP: 9.3**

#### **Kontrolle straßenbaulicher Maßnahmen**

**Einreicher: Ralf Klingschat, CDU/FDP-Fraktion**

**Vorlage: AN 0071/2025**

Herr Klingschat begründet den Antrag ausführlich. Er betont, dass bei erforderlichen Korrekturen stets eine Haushaltsrelevanz bestehe. Der Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung ist bei notwendigen Korrekturen einzubeziehen. Es solle vorausschauend und komplexer geplant werden und die Option der Rückkehr zur ursprünglichen Verkehrsführung bei der Planung Berücksichtigung finden. Als negatives Beispiel nennt er die Verkehrsführung am Werftkreisel. Er wirbt um Zustimmung zum Antrag.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei erklärt Herr Danter die Ablehnung zum Antrag. Dieser sei zu unkonkret.

Herr Rybka führt für die Fraktion AfD aus, dass die vorgetragene Skepsis zu Verkehrsmaßnahmen geteilt werde. Seine Fraktion werde dem Antrag entsprechend folgen. Bei Entscheidungen der Verwaltung sollten die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt gestellt werden.

Herr Quintana Schmidt signalisiert die Zustimmung der Fraktion DIE LINKE. zum Antrag. Er stellt jedoch klar, dass dies kein Misstrauen gegenüber der Verwaltung sei.

Herr Philippen zeigt sich erfreut, dass der Antrag durch die Fraktion CDU/FDP gestellt wurde, da diese über viele Jahre den Maßnahmen der Verwaltung zugestimmt und Gegenargumente ignoriert habe. Die Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit werde dem Antrag zustimmen.

Herr Leddin teilt die Einschätzung, dass der Antrag zu unkonkret sei. Er gehe zudem davon aus, dass die Verwaltung unnötig lange beschäftigt werde. Er beantragt nach Geschäftsordnung die Verweisung des Antrages AN 0071/2025 zur Beratung in den Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung.

Herr Suhr bekräftigt den Antrag auf Verweisung. Der Verwaltung könne damit die Möglichkeit eingeräumt werden, mögliche Konsequenzen aufzuzeigen. Im Ausschuss ließe sich gegebenenfalls ein Kompromiss finden.

Herr Rybka ist der Auffassung, dass der Antrag aufzeige, dass im Vorfeld Fehler der Verwaltung gemacht worden seien. Es seien klare Kriterien erforderlich. Fehler müssen grundsätzlich korrigiert werden.

Herr Haack wiederholt die unterstützende Haltung der Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit zum vorliegenden Antrag. Als Negativbeispiel nennt er die Umsteigestationen am Werftkreisel. Jahre nach Fertigstellung seien diese noch immer nicht in Betrieb gegangen. Durch die baulichen Veränderungen komme es jedoch zu Staus.

Der Präsident stellt fest, dass kein weiterer Redebedarf bestehe und lässt über den Antrag zur Geschäftsordnung auf Verweisung des Antrages AN 0071/2025 zur Beratung in den Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung abstimmen:

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Abschließend stellt er den Antrag AN 0071/2025 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle künftigen straßenbaulichen Maßnahmen sowie Änderungen der Verkehrsführung nach der Vollendung auf Übereinstimmung mit den zuvor kalkulierten und modellierten Auslastungswerten abzugleichen.  
Selbiges soll für alle Straßenbaumaßnahmen rückwirkend bis einschließlich 2022 gelten.  
Mögliche festgestellte Abweichungen sollen mit Korrekturvorschlag dem Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung präsentiert werden.  
Zudem soll zur Korrektur möglicher Fehleinschätzungen künftig immer darauf geachtet werden, dass es einfache und kostengünstige Möglichkeiten gibt, zur ursprünglichen Verkehrsführung zurückzukehren.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

2025-VIII-06-0150

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 01.10.2025